

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Volkswacht. 1911-1933 1911

1 (28.6.1911) Erstes Blatt

Volkswacht

Tageszeitung für das werktätige Volk Oberbadens

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Aus Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mark. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,32 M. vierteljährlich.

Redaktion: Freiburg, Ecke Prediger- und Lindenstraße. Sprechstunde nur von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Freiburg, Ecke Prediger- und Lindenstraße. Geschäftsstunden: Sonn. 7 Uhr bis abends halb 7 Uhr.

Anzerate: die sechsgespaltene Seite oder deren Raum für Vorkaufserate 10 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseratenannahme für die nächste Nummer vorm. halb 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor spätestens um 3 Uhr nachm. zur Aufnahme in die nächste Nummer der „Volkswacht“ ausgegeben sein.

Druck und Verlag: Genossenschaftsdruckerei Freiburg, E. G. m. b. H.

Verantwortlich für den politischen Teil, für die Rubriken: Aus der Partei, Neues aus aller Welt, für Feuilleton und Unterhaltungsbelage: Anton Weismann. Für den übrigen Teil: Reinhold Zumbel, beide in Freiburg

Für den Inseratenteil verantwortlich: Adolf Friedrich, Ecke Linden- und Predigerstraße

Volkswacht!

Volkswacht soll der Name sein,
Den wir auf den Schild erheben.
Denn dem Volk, dem wir uns weih'n,
Wollen wir in starken Reih'n
Werben Kämpfer, treu-ergeben.

Was wir wollen? — Eichtempor
Ziehen, wen die Lebensbürde
Drückt, daß er den Weg verlor, —
Rufen mahnend euch in's Ohr:
Denkt an eure Menschenwürde!

Woll'n der Kunst, der Wissenschaft
Und der freien Forschung dienen, —
Wollen hoffend und voll Kraft
Zeigen, was der Wille schafft,
Freiem Zukunftsglück zu dienen!

Für das Volk woll'n auf der Wacht
Fest wir steh'n in Sturm und Nöten:
Mutig, trotzig und bedacht,
Bis der List, der Niedertracht
Wird das gift'ge Haupt zertreten.

Was wir wollen? — Gutem Recht
Wollen wir durch's Dunkel leuchten, —
Woll'n das Schlechte nennen schlecht, —
Wollen stark und ungeschwächt
Stütze sein den Notgebeugten!

Denn wir wollen aus der Welt
Scheuchen alles Dunkle, Trübe,
Daß das letzte Leid zerschellt,
Daß erblüht auf jedem Feld
Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe!

Landmann, Arbeiter herbei!
Kleinhandwerker nimmer säume!
Volkswacht ist das Feldgeschrei!
In des Alltags Einerlei
Ranken uns're Zukunftsträume...

Hoch das Banner! Schließt die Reih'n!
Laßt uns werben, ringen, streben,
Zukunftsaaten auszustreu'n!
Volkswacht soll der Name sein,
Den wir auf den Schild erheben!

Ludwig Leffen.

Zur Einführung!

Vom 1. Juli d. J. ab erscheint in Freiburg i. Br. für die ersten sechs badischen Reichstagswahlkreise — mit Ausnahme des Bezirks Lörrach — ein neues sozialdemokratisches Organ. Es trägt den Titel

Volkswacht

und tritt nach den Beschlüssen der genannten Wahlkreise an die Stelle des Karlsruher Volksfreund. Wir laden deshalb die bisherigen Leser des Volksfreund zum Abonnement auf die Volkswacht ein.

Was wir wollen?

Das neue Blatt stellt sich auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms und erkennt dessen Leitfäden als richtunggebend für seine prinzipielle und taktische Haltung an. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im künftigen Verbreitungsgebiet der Volkswacht, die Ausdehnung und Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen, die auf unsere Partei bei den Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen entfallende Stimmenzahl, die täglich wachsende Schar unserer Anhänger usw., machen es zur gebieterischen Notwendigkeit, für die Gegend von Vahr bis an den Bodensee ein eigenes sozialdemokratisches Organ zu schaffen, denn gewachsen ist auch die Zahl unserer Gegner; je größer aber die Schar unserer Feinde, desto schärfer müssen die Waffen der Abwehr sein. Dieser Erkenntnis verschloß sich auch der vorjährige in Offenburg stattgefundene Parteitag der badischen Sozialdemokratie nicht; er hat die Herausgabe der neuen Zeitung für das badische Oberland fast einstimmig gutgeheißen. Die mit den Vorarbeiten beauftragte Kommission beschritt den Weg der Selbsthilfe, gründete den Verein **Freiburger Genossenschaftsdruckerei** und ermöglichte es dadurch, daß der neue Streiter für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit seine große Mission noch vor den nächsten Reichstagswahlen aufnehmen kann.

Was wir bringen?

Unser Wahlpruch ist: **Alles für das Volk, alles durch das Volk!** Wir leben im Zeitalter der Demokratie. Die Welt der Arbeit, der geistigen und körperlichen, kämpft um ihre Existenz, um die Anerkennung der Forderung auf ein gerechtes, menschenwürdiges Dasein, auf eine weitestgehende Berücksichtigung ihrer Interessen im Staat, in der Gemeinde und in der Gesellschaft; sie erkennt die Vorrechte der Geburt, des Besitzes sowie einzelner Klassen und Stände nicht an. In diesem täglich sich erneuernden Kampfe will die Volkswacht ein mahrender Führer, ein sachverständiger Berater, ein zuverlässiger Helfer sein. Zum Sprachrohr der Armen und Unterdrückten, der wirtschaftlich Entwerteten, der nach politischer und wirtschaftlicher Freiheit sich Sehnenen will sich die Volkswacht machen. Den Einfluß der Sozialdemokratie in Baden zu mehren und ständig zu erweitern, ihr die Rolle als mitbestimmender Faktor im politischen Leben Badens zu sichern, das erachtet die Volkswacht als ihre erste und dringendste Aufgabe. Sie wird gewiß alle ihre Leser interessierende Begebenheiten möglichst rasch und übersichtlich bringen aber sie will kein bloßes Nachrichtenblatt sein, kein Sammelsurium für alle möglichen Meinungen, unter welchen sich die schlimmste Krankheit der Gegenwart, die Meinungslosigkeit, die sogenannten Unparteilichkeit, täuschend verbirgt. Die Sonde der Kritik will die Volkswacht anlegen, um Mittel und Wege anzugeben zur Abstellung der vielen Mißstände, auf die wir heute noch überaus vielfach im Staats- und Wirtschaftsleben stoßen. Die Volkswacht bringt deshalb täglich:

kritisch gehaltene, originell und flott geschriebene Leitartikel;

eine vollständige Uebersicht der politischen Vorkommnisse in Baden, im übrigen deutschen Reich und im Auslande;

Seite 2.
Qualität!
Form!
für
eif!
MEO
Preis
Damen
braun,
eckkappen
Lack
hallen-
Stiefel,
ante
Schuhe
50
ar,
stiefel,
genagelt.
56.
auswärts
nahme.
stattet.
son's
ver
mittel
ung billig
fen.
t, hochhäu-
armatrage,
Wachstom-
1 Nachttisch
maschine, 1
s Büffet, 1
2 Kautentil,
ommode, 1
chtung mit
verschiebene
weitläufig, 1
granl fehr
ge, Bilder,
schmange u.
nes. 11660
us
rarrer
e 19.
lich
gendfrisches
rter, schöner
ugt die echte
umilchseife
Badeseuf.
er macht die
in Dada
einer Nacht
Lube50gbei
herrenstr.26
tenstr. 19
erstr. 27
c. 74
LFB
pothelen
g-Progerie.
fats
tikel
Sanitätshaus
g I. B. 2122L

eine eigene gründliche Berichterstattung über die Verhandlungen des badischen Landtages und des deutschen Reichstages; eine gebührende Berücksichtigung der kommunalen Interessen der Städte und Gemeinden des Verbreitungsgebietes der Volkswacht; vor allem widmet sie den Wirkungen der neuen Gemeinde- und Städteordnung in Baden ihre volle Aufmerksamkeit. Sie sucht den Einfluß der Minderbemittelten auf den Rathhäusern zu heben und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden zu fördern; erläuternde Darstellungen des gewerkschaftlichen Lebens; die Volkswacht ist sich der großen Bedeutung der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung klar bewußt und wird deshalb den Vorkommnissen im Gewerkschaftsleben volle Beachtung schenken; gut ausgewählte Romane und gewissenhaft bearbeiteten Unterhaltungsstoff; die Romane sollen erzieherisch wirken. Die Volkswacht gedenkt hier nach dem Grundsatz zu handeln: das Beste ist für ihre Leser gerade gut genug. Schund- und Kriminal-Romane hält sie aus ihren Spalten grundsätzlich fern. Auf dem Gebiete der Literatur, der schönen Künste, der Wissenschaften aller Art sucht sie heute auch der Sozialdemokrat, der Arbeiter heimisch zu machen. Diesem gerechten Verlangen begegnen wir dadurch, daß wir täglich kleinere Abhandlungen über erwähnte Wissenszweige bringen und wöchentlich zweimal ein sorgfältig redigiertes Unterhaltungsblatt zu dem übrigen Text begeben; einen orientierenden Nachrichtenteil; trotz der uns gestellten Aufgaben scheuen wir weder Kosten noch Mühen, die Volkswacht auch im Nachrichtenteil ganz auf der Höhe eines rasch und zuverlässig berichtenden Blattes zu halten. Alle technischen Hilfsmittel des Zeitungsbetriebes, vor allem auch Telegraph und Telephon, werden wir in den Dienst unseres Nachrichtenteils stellen und durch pflichttreue Korrespondenten im gesamten Verbreitungsbezirke die Möglichkeit bieten, sich über alle bedeutenden Vorkommnisse durch die Volkswacht rasch informieren zu können.

Nicht zuletzt werden wir alle Vorgänge am Erscheinungsort der Volkswacht, in der Universitätsstadt Freiburg, in sogenannte lokale Teil, die Freiburger Nachrichten, sollen ein getreues Spiegelbild des Lebens und Treibens in der schönen Breisgau-Perle geben. Die Freiburger politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeiterbewegung wird in der Volkswacht stets eine energische und sicherlich auch erfolgreiche Vertretung finden. Die Vorstellungen des Stadttheaters, sowie sonstige künstlerische und andere Veranstaltungen werden in der Volkswacht durch sachverständige Männer objektiv und ohne Rücksicht auf Interessenten und Klippen besprochen. Für uns gilt das Geleitwort: Die Kunst für alle und freie Kritik für freie Menschen! Auch dem Universitätsleben wird unsere Aufmerksamkeit gelten; der Sozialismus ist angewandte Wissenschaft in der Politik und in der Ökonomie. Infolgedessen ist er berufen, beeinflussend auf die an den staatlichen Hochschulen vorgetragenen Lehren zu wirken; es kann und wird uns nicht gleichgültig sein, welche Richtung das Geistesleben an den Universitäten einschlägt.

Das ist unser Programm! In diesem Sinne gedenken wir die Volkswacht zu leiten. Der politischen und wirtschaftlichen Reaktion rücksichtsloser Kampf, wärmste Unterstützung allen fortschrittlichen und freiheitlichen Bestrebungen, den Parteigenossen die Bruderhand, die weitgehendste Berücksichtigung ihrer Interessen!

Was wir hoffen?

Eine treue Lese-Gemeinde wollen wir um uns scharen! Die Volkswacht ist Eigentum der Mitglieder der Genossenschaftsdruckerei und damit im weiteren Sinne der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei der schon genannten fünf Reichstagswahlkreise. Es hat also jeder Parteigenosse ein lebhaftes Interesse an der inhaltlichen Ausgestaltung und am finanziellen Gedeihen seines Blattes. Das erstere ist nicht ohne das letztere möglich. Wir erwarten, daß die Parteigenossen alles tun, um für die Volkswacht recht viele Abonnenten zu gewinnen. Indem sie ihr wichtigstes Propaganda-Mittel, eine täglich erscheinende und gut geleitete sozialdemokratische Zeitung überall einführen und ihr Leser und Freunde werben, fördern sie am besten ihre ureigensten Interessen. Es ist dafür gesorgt, daß auch die von Freiburg örtlich weit entfernter Leser die Volkswacht noch an demselben Tage erhalten, an welchem sie in Freiburg ausgegeben wird. Der Abonnementspreis von 75 Pfg. pro Monat oder 2.25 Mk. pro Vierteljahr (durch die Post bezogen 2.10 Mk.) ist beibehalten worden, weil die Volkswacht inhaltlich das gleiche zu bieten gedenkt, wie der Karlsruher Volksfreund und weil eine Ermäßigung um etwa 5 oder 10 Pfg. auf das Monatsabonnement den einzelnen nicht weiter entlastet, in der Bilanzierung des jungen Unternehmens aber eine erhebliche Rolle spielt.

Und nun: Vorwärts auf dem Wege, der beschritten worden ist, um dem badischen Oberland einen mutigen Kämpfer für die hohen Ziele des Sozialismus zu sichern. In den nächsten Tagen und Wochen gilt die gesamte Parteitätigkeit der Verbreitung der Volkswacht. Dabei darf kein Parteigenosse fehlen. **An die Arbeit!** Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Freiburg i. Br., 28. Juni 1911.

Redaktion und Verlag der Volkswacht.

Die heutige Nummer umfaßt 32 Seiten.

Zentrum und Sozialdemokratie in Baden.

Von Wilhelm Kolb, Mitglied des badischen Landtags.

Das badische Zentrum steht heute in ausgesprochener Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie. „Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten“ lautet die Wahlparole des Zentrums. Das war nicht immer so. Noch bei den letzten Landtagswahlen vor Einführung des direkten Wahlrechts zum badischen Landtag galt der Kampf des Zentrums in erster Linie den Nationalliberalen, während der Sozialdemokratie gegenüber eine „wohlwollende Neutralität“ beobachtet wurde.

Wie kam dieser Wandel, welches sind die Gründe für diesen politischen Frontwechsel des Zentrums, das heute mit den Konservativen und deren reaktionären Anhängern den Block der Reaktion bildet? In Baden hatte der Nationalliberalismus mehr wie in jedem andern deutschen Bundesstaat auch in den weitesten Kreisen der katholischen Bevölkerung politische Wurzeln geschlagen. In den sechziger und bis Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war fast das ganze katholische Oberland im Landtag von den Nationalliberalen vertreten. Der Kulturkampf vermochte an dieser Tatsache lange nichts oder doch nichts Wesentliches zu ändern. Hätte das Zentrum lediglich mit der Kulturkampfkampagne gegen die Nationalliberalen politisch gearbeitet, so wären ihm die Erfolge jedenfalls nicht beschieden worden, die es in den achtziger und insbesondere in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Baden errungen hat. Das Kulturkampfschrei kam erst dann zur nachhaltigen Geltung, als das Zentrum sich als Volkspartei gerierte und in den Vordergrund seiner politischen Forderungen die Beseitigung des indirekten und die Einführung des direkten Wahlrechts stellte. Es ist das unzweifelhafte Verdienst des Zentrumsführers Wacker, erkannt zu haben, daß das Zentrum unter der Herrschaft des indirekten Wahlrechts in Baden, trotz der zu zwei Drittel katholischen Bevölkerung, nicht zur Herrschaft kommen könne. Wacker hat deshalb fast zwei Jahrzehnte hindurch den Kampf bei den Landtagswahlen auf die Forderung der Einführung des direkten Wahlrechts konzentriert und seine ganze Taktik auf die Erreichung dieses Zieles eingerichtet. „Dezimierung der Nationalliberalen und Herbeiführung der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsreform war seine Losung, die er mit rücksichtsloser Konsequenz durchzuführen bemüht war.

Zu diesem Zwecke unterstützte das Zentrum in den Wahlkreisen, wo ein Zentrumskandidat keine Aussicht hatte, gewählt zu werden, die Linksliberalen und später auch die Sozialdemokraten. Es ist voreinstimmig

Lauberei und Jesuiterei, wenn sich heute das Zentrum darauf berufen will, es habe niemals mit der Sozialdemokratie ein offizielles Wahlabkommen, wie später die Nationalliberalen, getroffen. Darauf kommt es bei der Frage, ob das Zentrum die Sozialdemokratie bei den Wahlen unterstützte, gar nicht an, sondern um den politischen Effekt der Zentrumstaktik. Das badische Zentrum hat jahrelang sowohl bei den Landtags- als Reichstagswahlen die Sozialdemokratie unterstützt, um den Nationalliberalen Niederlagen zu bereiten. An dieser Tatsache ist nicht zu rütteln und nicht zu zweifeln, denn die Beweise für die Richtigkeit derselben stehen in Menge zur Verfügung. Daß dem Zentrum heute die Erinnerung an diese Tatsachen unangenehm ist, beweist absolut nichts gegen dieselben.

Nachdem das direkte Wahlrecht in der Landtags-session 1903/04 beschloßbar war, vollzog sich naturgemäß bei allen Parteien des badischen Landes ein taktischer Frontwechsel. Die Linksliberalen rückten vom Zentrum ab und bildeten mit den Nationalliberalen, deren politisches Renommee im Kampf um das direkte Wahlrecht stark gelitten hatte, den liberalen Block, während das Zentrum seine Brücken zu den Konservativen und dem Bund der Landwirte baute. Jedem Kenner der Verhältnisse war es klar, daß es dem Zentrum jetzt vor allem darauf ankam, die Früchte seiner durch Jahrzehnte hindurch so rücksichtslos verfolgten Taktik einzuharsten. Die Situation war dem Zentrum äußerst günstig, zumal es den Liberalen an einer zugkräftigen Wahlparole mangelte. Die Massen der Wähler standen immer noch unter dem Eindruck des volksfeindlichen Nationalliberalismus, der die Einführung des direkten Wahlrechts zu verhindern trachtete.

Die Hauptwahlen des Jahres 1905 bestätigten, was viele befürchtet hatten: die Gefahr einer clerikal-konservativen Mehrheit im badischen Landtag war in sichtbare Nähe gerückt. Das Zentrum eroberte 28 von den 73 Landtagsmandaten auf den ersten Anlauf und hatte gute Aussichten, noch 3-4 Mandate in der Stichwahl zu gewinnen, wozu einige Konservativen und Bauernbündler kamen. In dieser, für die ganze künftige politische Entwicklung entscheidungsvollen Situation geschah nun etwas, worauf das Zentrum nicht gerechnet hatte. Zwischen der Haupt- und Stichwahl wurde das berühmte Wahlabkommen zwischen den liberalen Parteien und der Sozialdemokratie getroffen. Zum erstenmal in der Geschichte des neuen deutschen Reiches verbündeten sich die Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie, und zwar nicht, wie es das Zentrum bis dahin wiederholt getan hatte, hinter den Kulissen, sondern in aller Form und in vollster Öffentlichkeit, mit allen politischen Folgen und Verantwortlichkeiten, die sich daraus ergaben. Beim Zentrum schlug dieses Er-

eignis wie eine Bombe ein; so etwas hatte weder Herr Wacker noch ein anderer der Zentrumsführer für möglich gehalten. Der taktische Erfolg dieser Aktion war ein wider alles Erwarten durchschlagender. Das Zentrum wurde um alle seine hochgespannten Hoffnungen gebracht; so nahe am Ziel, stellte sich ihm ein ebenso unerwartetes als großes Hindernis in den Weg.

Von dieser Stunde an war es dem Zentrum klar, daß es auf geradem Wege nicht mehr an das Ziel seiner sehnlichen Wünsche, in Baden wie in Bayern seine politische Herrschaft zu etablieren, kommen werde. Zunächst richtete sich sein Groll gegen den Minister Scheffel, den es im Verdacht hatte, daß er bei der Bildung des „Großblocks“ Patenstelle übernommen habe, und in weiterer Folge hegte es mit allen Mitteln der Demagogie gegen diese Parteikonstellation sowohl, als insbesondere gegen die Personen, die in erster Linie dafür eingetreten waren.

Noch stützte es seine Hoffnungen darauf, daß dieser Linksblock politisch und parlamentarisch nicht aktionsfähig sein werde. Als aber auch diese Hoffnung mehr und mehr sich als eine Illusion erwies und als gar bei den Landtagswahlen im Jahre 1909 der Großblock zum zweiten Male und mit noch größerem Erfolg, insbesondere für die Sozialdemokratie, in Aktion trat, da ließ das Zentrum alle Minen springen, um diese ihm verhasste Parteikonstellation zu destrudieren.

Man muß die Verhandlungen des Landtags 1909/10 persönlich miterlebt und mitgemacht haben, um zu wissen, welche Härte und Schliche das Zentrum benützte, um den Großblock zu sprengen. Aber selbst die diplomatische Gerissenheit der Zentrumsführer scheiterte an dem ernsten Willen derjenigen verantwortlichen Politiker der Linksparteien, die das badische Land und Volk vor den „Segnungen“ einer clerikal-konservativen Herrschaft bewahrt wissen wollten.

Seitdem spielt sich das Zentrum mit Vorliebe als die beste Stütze von Thron und Altar und den entschiedenen Feind der „umstürzlerischen Sozialdemokratie“ auf. Kein Mittel der Demagogie, und sei es noch so gewisslos, ist ihm zu schlecht, um die Furcht vor dem drohenden „Umsturz“, vor der Revolution zu stützen und zu säubern. Sein Kampf gilt in erster Linie jetzt der Sozialdemokratie, deren positive politische Tätigkeit in- und außerhalb des Parlaments es tagtäglich mit den Mitteln der Lüge und Entstellung herabzuwürdigen versucht. Jetzt versucht es auf dem Wege der Sammlung der bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie aus ihrer einflussreichen Stellung zu verdrängen. Die politische Isolierung der Sozialdemokratie bei den Wahlen und im Parlament ist der einzige Weg, der das Zentrum ans Ziel seiner Wünsche bringen kann. Da aber die badische Sozialdemokratie von sich aus diesen Wünschen des Zentrums nicht entgegenkommt, versucht es das Zentrum mit seiner bewähr-

es;
Volkswacht;
den Einfluß
ordern;
der Arbeiter-
wacht gedenkt
ie aus ihren
der Sozial-
blungen über
ext begeben;
uch im Nach-
ungsbetriebes,
pendenten im
n zu können-
reichen Kul-
rdigen. Der
e Freiburger
finden. Die
tiv und ohne
Universitäts-
beeinflussend
den Univer-

zen Sinnenherumtattik. Es schürt, wo immer sich die Gelegenheit bietet, die in den verschiedenen Parteien der Linken herrschenden Gegensätze, unterstützt immer, wo es geht, die politische Gefinnungslosigkeit bei den Wahlen, um auf diese Weise den Keil in den verhassten Großhaufen zu treiben. In dem Augenblick, in dem ihm das gelingt, hat das Zentrum gewonnenes Spiel und der Nationalliberalismus ist ihm für alle Zeiten ungefährlich geworden. Das Zentrum spekuliert dabei hauptsächlich auf den gerade in den Linksparteien noch sehr mangelhaft entwickelten politischen Sinn. Es weiß nur zu gut, daß der bloße Wille zur Eroberung der politischen Macht noch lange nicht gleichbedeutend ist mit den dazu erforderlichen politischen Aktionen. Diesen aber stellen sich in der Politik der Einzelstaaten im Hinblick auf die noch sehr zurückgebliebenen politischen Zustände in Preußen und im Reich sehr große, oft unüberwindlich scheinende Hindernisse in den Weg. Darauf baut das Zentrum in Baden seine politischen Hoffnungen auf und es wird darin von einigen rechtsstehenden nationalliberalen Elementen unterstützt.

Für die Sozialdemokratie handelt es sich vor allem darum, sich durch keinerlei Schliche und Kniffe ihre machen zu lassen, sondern mit klarem, ruhigem Blick die Situation zu erfassen. So lange das geschieht, wird die Jesuitendiplomatie des Zentrums nicht auf ihre Rechnung kommen. Unbeschadet ihrer prinzipiellen Gegenschicklichkeit zu dem heutigen kapitalistischen Klassenstaat darf die Sozialdemokratie sich nicht von dem Boden einer auf die durchgreifende Reform auf allen Gebieten gerichteten positiven politischen und parlamentarischen Arbeit abdrängen lassen. Unsere politische Arbeit darf sich nicht auf bloße Agitation für das Zukünftige reduzieren, sie muß schaffende, aufbauende, politische Arbeit sein. In dieser Tätigkeit sind wir allen unsern Gegnern, vor allem aber dem Zentrum, am gefährlichsten. Nicht das Wort, sondern die Tat ist revolutionär, d. h. die auf den politischen, geistigen und materiellen Fortschritt gerichtete positive Aktion.

Die Sozialdemokratie in Freiburg.

Von Ernst Krüger, Mitglied des bad. Landtages.

Beim Erscheinen einer neuen Parteizeitung ist es wohl angebracht, einen Rückblick auf die Vergangenheit zu werfen und Vergleiche zu ziehen mit der Gegenwart. Daß die Sozialdemokratie in Freiburg noch jüngeren Datums ist, als in den meisten Gegenden Norddeutschlands, wird jeder begreifen, der die Voraussetzungen, welche zur politischen Entwicklung nötig sind, kennt. Gleichwohl war aber auch in Freiburg schon in den 70er Jahren der Same des Sozialismus ausgegangen, denn schon damals gab es auch hier Lassallianer und Eisenacher. In der damaligen Restauration Epple in der Oberrstraße, wo heute sich die Wirtschaft Geigle befindet, fanden sich die Genossen zur politischen Arbeit zusammen.

Bei den Wahlen zum Reichstag war jeweils der Genosse August Webers als Kandidat aufgestellt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen blieb während der 70er Jahre auf weniger als 100 beschränkt. Erst 1881 erreichte sie die Zahl von 114. Das Sozialistengesetz ging auch in Freiburg nicht spurlos vorüber. Wenn beim Inkrafttreten desselben die Polizei auch noch nicht viel zu tun fand, so wurde sie dafür um so nervöser in den 80er Jahren, wo die Sozialdemokratie in ein neues Entwicklungsstadium eintrat.

Im Herbst 1884, vor den Reichstagswahlen, trat der Genosse Adolf Geck, welcher hier als Reichstagskandidat aufgestellt wurde, zum erstenmal als Redner in einer öffentlichen Wählerversammlung in der Gambrinusshalle (jetzt Kolosseum) auf. Die Versammlung wa-

stark besucht und die Zuhörer lauschten mit Andacht den Worten des Verkünders des neuen Evangeliums und spendeten dem Redner stürmischen Beifall. Von dieser Stunde an trat eine entscheidende Wendung ein. Bei der am 28. Oktober 1884 stattgefundenen Reichstagswahl erreichte unsere Stimmzahl in Freiburg die Höhe von 664. Diese für uns erfreuliche Tatsache hat nicht nur beim Bürgertum eingeschlagen, sondern erweckte auch die Aufmerksamkeit der Polizeibehörde. Und dies um so mehr, als die Polizei schon längst vermutete, daß die verbotenen Schriften auch hier eingeschmuggelt werden. Sie hatte darin auch nicht unrecht, denn in der Tat war Freiburg in dieser Beziehung eine wichtige „Durchgangsstation“ mit größerem „Transitlager“. Die rote Feldpost hatte hier ein Postamt 1. Klasse eingerichtet und den „roten Frieder“ (jetzt grau) zum Postdirektor ernannt. Und der „rote Frieder“ (Genosse Haug) machte sich daraus eine Ehre und war stolz darauf, wenn er einige Zentner der „verbotenen Frucht“ auf Lager hatte. Diese wanderten dann auf verschiedene Arten, zum großen Teil in Henckelkörben durch zum Teil heute noch lebende Frauen nach dem Reichspostamt, wo die Jünger Stephans die blauen, nummerierten Päckchen gewissenhaft an ihren Bestimmungsort beförderten. Aber auch hier am Ort war eine entsprechende Anzahl Abnehmer auf den „August“, wie die Genossen unser damaliges in Zürich gedrucktes Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“ unter sich nannten, vorhanden.

Die Aufklärung schritt vorwärts, und im Jahre 1885 gingen die Genossen an die Gründung eines politischen Vereins, dem sie den Namen Arbeiter-Wahlverein gaben. Dazu kam noch, daß im Jahre 1886 beim Buchdruckerstreik von einigen von der Herder'schen Druckerei ausgesperrten Buchdruckern eine Zeitung herausgegeben wurde, die den Titel „Oberheinische Volkszeitung“ führte. Ihrem Inhalt nach war sie mehr neutral, immerhin hielt sie doch mehr auf die Seite der Arbeiter. Von da ab kam aufs neue „mehr Leben in die Bude“ und die Polizei schenkte uns immer größere Aufmerksamkeit, welche sich nach und nach zur schärfsten Verfolgung ausbildete. Jahrelang hatte der Genosse Haug die „Ehre“ durch Doppelposten der politischen Polizei vor dem Hause, worin er wohnte (Kaiserstraße 117) bewacht zu werden. Trotzdem funktionierte die rote Feldpost ausgezeichnet, ohne daß die Polizei etwas davon merkte.

Da kam die Reichstagsauflösung am 14. Januar 1887 und darauf die bekannten Septenatswahlen. Nun ging auf allen Seiten der Kampf los. Die Sozialdemokraten waren die ersten auf dem Plan. Der Genosse Adolf Geck wurde abermals als unser Kandidat proklamiert. Die Nationalliberalen stellten den damaligen Oberbürgermeister Schuster als ihren Kandidaten auf. Dieser sollte unter allen Umständen als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen, was ihnen auch gelang, allerdings mehr mit Hilfe der Polizei. Die Polizei entfaltete nämlich vom Tage der Reichstagsauflösung ab eine fieberhafte Tätigkeit, natürlich nur im „nationalen Interesse“, weil doch bekanntlich die Franzosen angeblich darauf warteten, dem deutschen Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle zu holen. Um die Wahl Schusters sicherer zu machen, wurde seitens der Polizei eine große Razzia gegen die Sozis unternommen. Zunächst trug man sich an maßgebender Stelle mit dem Gedanken, den kleinen Belagerungszustand über Freiburg zu verhängen, doch kam man davon wieder ab, weil diese Maßregel nach außen einen doch gar komischen Eindruck auf Freiburg als Bischofsstadt gemacht hätte. Dafür ging man dann daran, unsere politische Organisation, den Arbeiterwahlverein, zu vernichten. Zunächst wurden — es war Ende Januar 1887 — bei dem Genossen Haug als spiritus rector sowie bei dem Vereinsassessor Rauch Hausdurchsuchungen vorgenommen und beide als „hinreichend verdächtig“ verhaftet. Als sich jedoch die Genossen durch dieses Vorgehen der Polizei nicht nur nicht einschüchtern

ließen, sondern mit der gleichen Energie die Wahlagitation weiter betrieben, wurden noch „schärfere Saiten“ aufgezogen. Am 14. Februar vormittags, es war Montag, wurde bei 48 Mann Hausdurchsuchung vorgenommen. Das Ergebnis war, daß am Abend des gleichen Tages 22 Mann als ebenfalls „hinreichend verdächtig“ verhaftet und in Untersuchung auf den Holzmarktplatz geführt wurden. Der Arbeiterwahlverein wurde polizeilich aufgelöst und verboten, vom Kassenbestand bekamen wir nichts mehr zu sehen. Die Wahl ging vorüber; Schuster wurde gewählt und die 22 „hinreichend Verdächtigen“ mußte man — nach fast vierwöchentlicher Dauer — am 12. März wieder springen lassen, ohne einen Geheimbundsprozeß ins Werk setzen zu können. Unsere Stimmzahl hatte sich trotz alledem um 50 Prozent vermehrt. Noch in demselben Jahr 1887, im Spätjahr, wurde abermals eine Razzia durch Hausdurchsuchungen vorgenommen, und zwar deshalb, weil einer von den Schmugglern durch eigene Leichtfertigkeit „Verfälscht“ ging. Am 31. Dezember fand die Verhandlung vor der Freiburger Strafkammer statt. Diesmal bekam „zum würdigen Jahreschluß“ der rote Frieder als Nädelstichführer auf Grund des Sozialistengesetzes 8 Monate aufgebrennt. Auch einige seiner Schmuggler-Komplizen, darunter Böhle, jetzt Reichstagsabgeordneter für Straßburg, wurden mit 2 bis 3 Monaten bedacht. Die Staatsanwaltschaft triumphierte über ihren Erfolg, die Sozialdemokratie dagegen arbeitete weiter. Am 9. September 1888 wurde abermals eine politische Organisation gegründet. Und dann hat sich die sozialdemokratische Bewegung in Freiburg immer mehr ausgedehnt. Es kamen nacheinander die verschiedenen Fachvereine, ein eigener Besangverein (1889) sowie Ortsgruppen der freien Turner und Radler.

Nun kamen etwas ruhigere Zeiten. Die „Oberheinische Volkszeitung“, welche inzwischen auf dem badischen Parteitag in Offenburg zum offiziellen Parteiorgan erklärt wurde, mußte sich zum Bedauern der Genossen am 15. März 1891 von ihren Lesern verabschieden, und zwar nicht wegen mangelnden Interesse der Genossen, sondern weil es den Verlegern, wie sie in der Abschiedsnummer wörtlich sagten, nicht möglich war, „die mit der Herausgabe einer Zeitung verknüpften Unkosten noch länger zu tragen.“ So bedauerlich das Eingehen der Zeitung für die Partei war, mit der Bewegung ging es trotzdem vorwärts. Dadurch mußten auch die gegnerischen Parteien immer mehr mit uns rechnen. Insbesondere war es das Zentrum, welches, nachdem unsere Wahlhilfe bei den Stichwahlen aufhörte, sich mit uns von da ab energischer beschäftigte. Anfangs der 90er Jahre schrieb einmal der „Freiburger Bote“, die Sozialdemokratie sei „eine aus Preußen importierte Ware und werde jedenfalls hier keinen festen Boden gewinnen“. Daß das nicht der Fall war, wußte der „Bote“ wohl selber, aber er suchte eben doch damit seine Leser über die Bedeutung des Wachstums der Sozialdemokratie hinwegzutäuschen. Als unser verstorbenen Genosse Liebke nach im Jahre 1895 (wenn ich mich recht erinnere) in der Festhalle hier in einer von 2600 Personen besuchten öffentlichen Volksversammlung als Referent auftrat, trat ihm Herr Pfarrer Wacker in seiner bekannten Art entgegen. Die anwesenden Zentrumsanhänger erblickten darin einen großen Erfolg für das Zentrum. Deshalb schrieb auch der „Freiburger Bote“ in seinem überschwänglichen Bericht über diese Versammlung am Schluß: „Noch eine solche Versammlung, und die Sozialdemokratie kann in Freiburg die Segel streichen“. Wie sich, trotz der vielen inzwischen stattgefundenen großen Versammlungen, diese Hoffnung des Zentrums nicht erfüllte, illustrierte am besten das Ergebnis bei der letzten Reichstagswahl 1907, wo die Sozialdemokratie in der Stadt Freiburg 4358 Stimmen erhielt, nicht minder auch das Resultat der letzten Landtagswahl 1909, wobei Freiburg 3031 Stimmen aufbringen konnte.

Roman.

Mit dem Abdruck des ersten, sehr spannenden und äußerst gediegene Roman *Onkel Franz* von J. Blücher-Clausen beginnen wir in Nr. 1 der Volkswacht.

Den bisherigen Abonnenten des Karlsruher Volksfreund biete zur Kenntnis, daß der derzeitige Roman: *Samuel*, der Suchende! am 30. Juni sein Ende erreicht. Es ist also Vorsorge getroffen, daß die Volksfreund-Abonnenten den laufenden Roman vollständig zu lesen bekommen.

Wir machen vor allem die Frauenwelt auf den ersten Roman der Volkswacht aufmerksam.

Die Marseillaise.

Zum 75. Todestage des Dichters.

Am 26. Juni 1836 verstarb in der kleinen französischen Stadt Choisy le Roy ein alter Veteran aus den Revolutionskriegen. Zwei Tage später trug man den Toten nach dem Friedhofe. Auf dem Sarge lag ein unscheinbare Militäruniform mit vom Alter schwarz gewordenen Hauptmanns-Emblemen und die Insignie der Ehrenlegion, und viele mit roten Bändern durchflochtene Lorbeerkränze. Dem schlichten Totenschrein folgten nicht nur alte, bejahrte Bekanntheiten der französischen Armee, nicht nur Finanziers, Dichter und Gelehrte,

sondern auch Arbeiter. Sie waren die Mehrzahl der Leidtragenden. Fast die ganze Stadt und die Umgebungen gaben dem Toten das letzte Geleit.

Der Sarg wurde in eine Gruft aus Lorbeer und Blumen hinabgesenkt, und nur langsam trennte sich die Menge von der Stätte der Trauer.

Rouget de l'Isle, der Name des Toten ging noch einmal von Mund zu Mund. Das kleine Städtchen hatte seinen berühmtesten Bewohner verloren, den Dichter der Marseillaise.

Der Schlachtgesang der Marseiller ist jedenfalls die Größte, was Frankreichs Lyrik und Tonkunst während der Revolutionsjahre hervorgebracht hat. Selbst der eingeleitete speißbürgerliche deutsche Franzosenfeind kann dem hohen poetisch-musikalischen Werte dieser Freiheitsichtung seine Anerkennung nicht versagen. Es klingt etwas Faszinierendes aus jenen leidenschaftlichen Strophen. Schwerlich haben Poesie und Musik eine innigere Vermählung gefeiert als in diesem Liede.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß Dichtkunst und Tonkunst sich so zauberisch verschmelzen konnten, wenn nicht ein Wort und Ton in dem begeisterten Hirn eines Meisters entstanden wären.

Es ist bekannt, daß dieses Lied eine hinreißende Gewalt auf die Soldaten der Revolution ausgeübt hat. Unter seinen Klängen sind die osteuropäischen Gamaischen despotischer Machthaber besiegt und zerstückelt worden. Die Marseillaise überragt unstrittig das während der Revolution entstandene „Ca ira“. Das bemerkenswertere dabei ist aber, daß Rouget de l'Isle als junger Genieoffizier das Werk in größter Hast und Eile gedichtet und vertont hat.

Es war im Jahre 1792 zu Straßburg. Die erste Revolutionsarmee stand im Begriffe, die deutsche Grenze zu überschreiten. Der Maire von Straßburg wollte den rüchenden Zweifeln über die Wahl des Marschliedes. Die alten, während der Monarchie geschaffenen Marsche waren den Verhältnissen nicht mehr angemessen. Der Maire wollte darum einen völlig neuen Marsch haben. Als sich eines Abends darüber mit einer Gruppe von Offizieren unterhielt, erbot sich de l'Isle während der Nacht den Marsch zu dichten und in Musik zu setzen.

In seinem Quartier angekommen, setzte sich der Offizier ans Klavier und ging ans Werk. Gegen Morgen war die Arbeit fertig. Bei Tagesanbruch erschien ein Musikkorps und studierte den neuen Marsch ein. Der Dichter hielt seine Schöpfung durchaus nicht für ein Meisterwerk. Ein Schauspieler korrigierte während des Vormittags noch daran herum. Unmittelbar nach Mittag über klangen die Weisen zusammen und eine unbeschreibliche Begeisterung der Volksmassen war die Folge. Die Regimenter der Garnison lernten das Lied in zwei Tagen. Es übte eine solche Wirkung aus, daß Freiwillige in Massen herbeiströmten und unter der Fahne der Republik ihr Leben einsetzen wollten. Bald sangen nicht nur alle Offiziere und Soldaten die Marseillaise, sondern ganz Frankreich schmetterte das feurige Lied in die Lüfte. Unter seinen Klängen stürmte man am 10. August desselben Jahres in Paris die Tuilerien. Und der Gesang begleitete nicht nur die Revolutionsarmeen, sondern auch Napoleons Heere durch Europa. Inzwischen ist die Marseillaise nicht nur Nationalhymne für Frankreich geworden, sondern vor allen Dingen hat

und in der Stichwahl einen sozialdemokratischen Vertreter für den badischen Landtag bekam. Auch die gestern beendigten Kommunalwahlen haben unseren siegreichen Fortschritt markiert. Daß die Sozialdemokratie damit noch nicht ihren Höhepunkt erreicht oder gar überschritten hat, ist für jeden Politiker klar.

Unser neues Organ, die „Volkswacht“, wird Gelegenheit finden, über die Rechte des Volkes zu wachen und für wichtige Aufklärung zu sorgen. Es wird sich dann zeigen, wer am Ende in Freiburg „die Segel streichen“ muß. Allen unseren Anhängern und wahren Freunden des Volkes, insbesondere aber den älteren Parteigenossen, wird das Erscheinen der „Volkswacht“ große Freude bereiten. Und alle werden mit mir den Wunsch hegen, daß die „Volkswacht“ ihrem Namen Ehre machen wird im Interesse der Sozialdemokratie, im Interesse des gesamten Volkes.

Die Partei- u. Arbeiterbewegung in Lahr.

Von Stadtrat G. Richter-Lahr.

Mit der Einführung eines neuen Arbeiterblattes größeren Stils dokumentiert sich ein gewisser Höhepunkt in der Arbeiterbewegung des badischen Oberlandes. Die ersten Pionierarbeiten, die schwierigsten Bodenebnungen sind gemacht und die langsam aber unaufhaltsam verstärkte Bewegung schickt sich an, die nicht minder schwierige Fortarbeit, den Weiterbau, zu übernehmen und nach besten Kräften zu fördern.

Die Stadt Lahr zählt nicht zu den Großstädten des Landes; durch ihre regsame Industrie aber steht sie inmitten jener Städte, die man mit Stolz als die blühenden, entwicklungsfähigsten bezeichnet, wenn sie auch sonst sich keiner besonders reichen Fürsorge von Regierungsseite erfreute. Man hat zwar durch das sattsam bekannte Bähnchen die Verbindung mit der Hauptbahn nicht außer acht gelassen, durch die neuerliche Fixierung des alten Zustandes jedoch das Menschenmögliche getan, um eine durch günstige Verkehrsverhältnisse bedingte größere und schnellere Entwicklung der Stadt zu hindern. Die Lahrer Bevölkerung läßt sich aber durch keine Hindernisse dauernd in der Betätigung ihrer Kräfte aufhalten. Maßlos und energisch strebt sie vorwärts, ständig teilnehmend an allen kulturellen wie technischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Ob hierzu die Jagd nach dem Militär zu rechnen ist, von dem man vor zwei Jahrzehnten in Lahr noch nichts wußte, darüber wollen wir das Urteil der Liebhaber des bunten Rockes und des soldatischen Drills heute durch unsere Schlüsse nicht trüben. Die Arbeiterschaft hat auch in Lahr an ihrem Leibe erfahren müssen, was der Krieg im Frieden für sie bedeutet. Doch lassen wir jene Attribute der mit der kapitalistischen Staats- und Städtepolitik unzerrennlichen Begleiterscheinungen beiseite, so müssen wir gestehen, daß gerade die Lahrer Arbeiterschaft, die Lahrer Arbeiterbewegung ganz hervorragend Anteil nimmt und Anteil hat an der Entwicklung unserer Stadt.

Die Lahrer Industrie hat sich von je, trotz der Verkehrsbehindernisse, gut entwickelt. Die Lahrer Fabrikanten haben es verstanden, billigen Grund und Boden und billige Arbeitskräfte der Erhöhung ihres Besitzstandes nutzbar zu machen. Geistliche Mächte haben ihr gerüttelt Maß dazu beigetragen, die Lahrer Arbeiterschaft gefügig zu erhalten. Und so kämpft die freie Arbeiterklasse in Lahr gegen zwei Fronten: gegen das Scharfmachertum der Fabrikantenwelt, das gerade hier in Lahr mit dem gesamten Scharfmachertum Deutschlands Hand in Hand geht, und gegen den systematisch von der Geistlichkeit und den Fabrikanten gezüchteten Unverstand der Arbeitermassen. Nicht nur, daß man seit Jahren in den christlichen Jünglings- und Gesellenvereinen die kaum der Schule entlassene Jugend mit Pauken und Po-

saunen jedem freien Luftzug, jedem Fortschritt fern zu halten sucht, man gründet christliche Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, die zu allem kirchlichen und patriotischen Pomp die notwendige Arbeiterkaffage bilden müssen; man züchtet sie in eigenen „Gemeindejulen“ und Tee- Sticlabenden zu weitem gehorsamen demutsvollen Schäfchen heran.

Die freie Arbeiterbewegung ist auf dem Posten. Die Geschichte der Lahrer Bewegung muß die Gewähr bieten, daß wir auf dem Vormarsch begriffen sind, daß wir als ganze Männer und Frauen teilnehmen am Entwicklungsgeheuge unseres kommunalen wie politischen Wirtschaftslebens, sie muß jedem, der Ohren hat zu hören, sagen: die freie Arbeiterschaft bildet das Mark der Stadt Lahr; auf ihrer Kraft, auf ihrem Fundament beruht zum nicht zu unterschätzenden Teile mit die Zukunft der Stadt. Mit gesundem, freien Sinn greift sie ein, energisch, furchtlos in die treibenden Räder der neuen Zeit.

Lassen wir daher in der ersten Nummer unseres neuen Parteiblattes die Geschichte der Lahrer Arbeiterbewegung in großen Umrissen vor unsern geistigen Augen vorüberziehen. Wir alle wissen, daß die Einführung des neuen Blattes für uns Lahrer, die wir so die Mitte zwischen Ober- und Unterland bilden und für den Aufstieg unseres seitherigen Volksfreund in dieser Gegend eine immense Pionierarbeit geleistet haben, schwere Kämpfe verursacht hat. Keiner von uns hat sich der zwingenden Einsicht verschlossen, daß für unsere machtvoll vorwärts rückende Arbeiterbewegung im Volksfreund der Hauptstadt und so vieler Wahlkreise der Raum zu eng wurde. Wir haben schon vor Jahren die Konsequenzen gezogen und suchten durch die Gründung des Offenburger Volksblattes dem Mangel zu steuern. Was damals nicht erzielt wurde, für Oberbaden ein großes der Höhe unserer Bewegung entsprechendes Organ zu schaffen, verpflichtet uns die Volkswacht zu werden.

Die Geschichte der Parteibewegung ist niedergelegt in den Protokollen. Leider wiegen diese einzelne Lücken auf. Ende 1909 konnte das 20jährige Gründungsfezt des Wahlvereins gefeiert werden, wir dürfen somit wohl das Jahr 1889 als das definitive Gründungsjahr des sozialdemokratischen Vereins bezeichnen. In den ersten Jugendjahren unserer Parteibewegung herrschte schon ein ungemein reges Leben unter den Lahrer Parteigenossen. Eine kleine Schar rühriger und aufopferungsfreudiger Genossen war bestrebt, der Idee des Sozialismus einen gefunden Boden zu bereiten. In den alten Protokollen finden wir Namen, die noch heute in der Arbeiterbewegung Deutschlands einen guten Klang haben. Andere sind dahin gegangen und ruhen den letzten Schlaf. Dankbar gedenken wir aller, die nicht müde wurden, als die ersten Bannerträger für die große Kulturidee alle Vorurteile niederzureißen und der künftigen Generation Raum zu schaffen. Schon damals finden wir, Hand in Hand mit der Parteibewegung, die Vereingigten Fachvereine auf dem Plan, die sich später zum heutigen Gewerkschaftskartell entwickelten. Schon damals finden wir unsere Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen auf dem Posten, um auch zu den nächstliegenden Fragen Stellung zu nehmen, schon Ende 1891 beschäftigte man sich mit den Wahlen zum Gewerbeschiedsgericht und zum Bürgerausschuß. Auch durch ein reges kollegiales Leben zeichnet sich die Bewegung in jenen Jugendjahren aus. Solidarisch mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt, ließ man es sich gleich von Anfang nicht nehmen, die Maifeier würdig zu begehen. Mit den Parteigenossen der benachbarten Kreise wurde ein inniges Zusammengehen gepflegt, im Jahre 1892 fand das erste gemeinschaftliche Sommerfest des 5., 6., 7. und 8. Kreises statt. In jener Zeit ging man auch daran, in wirtschaftlicher Beziehung durch Beschaffung billiger Lebensmittel der gedrückten Arbeiterschaft zu Hilfe zu eilen; die Konsumvereinsbewegung ist

zu einer dauernden Realisierung nicht gelangt, unter dessen hat sich ja die Arbeiterschaft verschiedentlich Hilfe geschaffen, dem Brot- und Kohlenbuche ist sie wirksam entgegengetreten. 1892 wurde auch der erste Grund zur Bibliothek gelegt, die gemeinsam mit dem Kartell und einzelnen Gewerkschaften als Zentralbibliothek gegenwärtig einen schönen Bestand erreicht hat und unter Beschaffung der bedeutenderen Zeitschriften zur Einrichtung des Lesezimmers führte, das zurzeit jeweils Donnerstags abends im Großen Schoppen geöffnet ist.

Vom zielbewußten Arbeiten zeugte auch die Einführung der Diskussionsabende im Jahre 1893, die jetzt durch ständige Unterrichtsstunde in Nationalökonomie u. a. ihre Ergänzung erfahren haben. Das Gewerkschaftskartell, 1893 gegründet, hat in den 18 Jahren seines Bestehens schon außerordentlich segensreich für die Entwicklung der angegliederten Gewerkschaften, für den Geist der Solidarität aller Gewerkschaftskollegen und für die geistige und wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse gewirkt. Kartell und Partei fanden sich stets in allen einander berührenden Arbeiten in völliger Eintracht — mögen hier und da persönliche Fragen in einzelnen Versammlungen noch so hohe Wellen geschlagen haben, die gleichgeunteten Korporationen sind von keiner Mißhelligkeit betroffen worden, und dank dieser brüderlichen Verständigung konnte sich die Arbeiterbewegung ständig und gut entwickeln.

Hinzu gesellen sich bald die noch fehlenden Attribute der Arbeiterbewegung: der Arbeiterfängerbund, mitte der neunziger Jahre als Gesangverein Arbeiterbund bekannt, rekonstruierte sich in den letzten Jahren zu einer Kunstpflegegilde der Arbeiterschaft, die sich uneingeschränkte Anerkennung errungen hat und auf dem Gebiete der gesanglichen und darstellenden Kunst die Arbeiterklasse würdig repräsentiert. Die Freien Turner rückten heran, um die Stätte zu bieten, wo die Arbeiter die notwendige harmonische Ausbildung und Stärkung des Körpers pflegen, und — laßt not laßt — der Volkshilfsbildungsverein hat die ungemäßen schwierigeren aber um so notwendigeren Aufgabe übernommen, den geistigen Konzentrationspunkt zu bilden. Ausgehend vom Deutschen Arbeitergenossenschaftsbund, wird durch Pflege zunächst der Elementarwissenschaften die nötige Ergänzung der Volksschule gegeben, Literatur und Kunst gefördert und Wissen und Bildung mehr und mehr vertieft.

Indifferenzismus weiter Volkskreise wurde überbunden, dem Terrorismus der Unternehmer mit unerschütterlichem Gleichmut begegnet. Die freien Arbeiter besetzten die Arbeitervertretermandate in der Ortskrankenkasse. Durch allzu weit getriebenen Anstand vermied man es, den Vorständenposten für die Arbeiterschaft zu erobern, eine Rücksicht, die beim Bürgeramt absolut keine Gegenliebe fand. (Siehe Bürgerausschuss-erwahlsachen.) Zu jeder Zeit schon man dort für unsere ausgeschiedenen Vertreter die Schüßlinge des Kapitals vor. Die kommunalen Angelegenheiten wurden bereits, wie erwähnt, von Anfang der Arbeiterbewegung an in das Gebiet ihrer Aufgaben gezogen. Dies steigerte sich verhältnismäßig, als es gelang, im Jahre 1907 12 Sitze im Bürgerausschuß zu erobern. Das Jahr 1910 verstärkte die Fraktion auf 25 Genossen, gleichzeitig wurde der erste sozialdemokratische Stadtrat auf das Rathaus entsandt, der auch in einer ganzen Reihe von städtischen Kommissionen mitzuarbeiten hat. Die Augen der Parteigenossenschaft ganz Deutschlands aber lenkte die Lahrer Arbeiterschaft auf sich, als es ihr gelang, im Herbst 1909 ihren Kandidaten Wonsch als Abgeordneten in den badischen Landtag zu schicken. In zweimaligem zähem Waffengang wurde der heizumfrittene Sieg glänzend errungen; oben auf dem Schutterlinenberg wehte die rote Fahne über Lahr, dicht umdrängt von Nebelmassen, doch die Polizei war findig und konfizierte sie.

das kämpfende Proletariat fast aller Länder die feurigen Weisen zu seinem Schlachthorn erwählt.

Aber der Ruhm dieses populärsten aller musikalischen Märche war weit entfernt, den Verfasser und Schöpfer auf Rosen zu betten. Und wenn auch während der napoleonischen Herrschaft nicht gerade das Leben des in der Schlacht bei Quiberon schwer verwundeten Genieoffiziers de l'Isle bedroht war, so kannte der Korke doch die dämonische Wirkung der Marcellaise zu gut, um in ihrem Schöpfer einen Feind des Kaiserturns zu sehen. Rouget de l'Isle wurde von Napoleon kaltgestellt.

Er erwarb sich dann seinen Lebensunterhalt durch Schriftstellerei. Sogar eine Oper hat der Freiheitsdichter komponiert, die aber angesichts der Machtverhältnisse zur Zeit ihrer Entstehung nicht günstig aufgenommen wurde. Und so konnte der einst so gefeierte Mann nur in den ärmlichsten Verhältnissen sein Leben fristen. Bis 1830 hatte er mit Hunger und Not zu kämpfen. Und erst nach der Julirevolution von 1830 setzte man ihm eine Staatspension von 1200 Franken pro Jahr aus. Außerdem ist er von Verganger bis zu seinem Tode unterstützt worden. Erst nach dem Ende seines Lebens wurde der Halbbergsene wieder geehrt und allwärts gefeiert. Es ging ihm wie so vielen anderen, die Großes für die Menschheit geschaffen haben und doch bei Lebzeiten verkümmern müssen. Aber Rouget de l'Isle hat sich durch seine Marcellaise in den Herzen der Arbeiterklasse ein Denkmal geschaffen, das von festerer Dauer ist als Marmor und Erz.

B. B.

Gelahrten-Anekdoten.

Der vor etwa einem Jahre erschienenen Sammlung von „Gelahrten-Anekdoten“ läßt der Herausgeber Dr. W. Ahrens jetzt einen zweiten Band (Verlag von Hermann Sack, Berlin-Schöneberg) folgen. Eine Reihe dieser späßhaften Geschichten, von denen wohl die meisten wenig bekannt sind, seien nach der Zeit. Bg. hier wiedergegeben:

Als einst in einer Kapelle auf dem Rothenberg bei Untertürkheim eingebrochen und viel kirchlicher Schmutz gestohlen war, sagte Friedrich Vischer, der berühmte Vorkämpfer des Stuttgarter Polytechnikums: „Das ist ja eigentlich, was wir alle wünschen — Trennung des „Staats“ von der Kirche.“

Heinrich v. Treitschke war, wie bekannt, fast taub. Bei Verhandlungen pflegte einer seiner Freunde ihm das Wichtigste von den Reden und Vorkommnissen aufzuschreiben, z. B. in den Fraktionsitzungen der national-liberalen Reichstagspartei, der Treitschke angehört hat, der Abgeordnete Wehrenpennig. Treitschke fehlte natürlich das Maß dafür, wie laut er selbst sprach, und so kam es vor, daß er eine Bemerkung, die nur vertraulich für den Nachbarn bestimmt war, ganz laut, für alle wahrnehmbar, machte. Als in einer Sitzung der damals noch ungeteilten Heidelberger philosophischen Fakultät es sich um die Berufung eines Historikers handelte, und auch die Vertreter der naturwissenschaftlichen Fächer sich an der Beratung beteiligten, sagte Treitschke seinem Nachbarn donnernd ins Ohr: „Was geht das diese Apotheker und Mißfahrer an?“

Theodor Mommsen war 1848 einige Zeit Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Zeitung in Rendsburg. Dieses Blatt brachte nun eines Tages über einen bekannten dänischen

Agitator die Meldung, daß er sich erhängt habe. Die Zeitung war jedoch das Opfer einer Falschmeldung geworden, und der angeblich Erhängte erschien in höchster Erregung bei Mommsen und überschüttete ihn in größten Worten mit einer Flut von Vorwürfen. Mommsen hörte ihn gelassen an und bemerkte, als jener endlich sich ausgetobt hatte, mit größter Seelenruhe: „Ich werde morgen die Berichtigung bringen, Ihr kräftiges Schimpfen habe der Redaktion zu vollster Evidenz bewiesen, daß Ihnen die Kehle keineswegs zugeschnitten ist.“

Der berühmte Heidelberger Rechtslehrer Zacharia brachte, wie er selbst erzählt, einst des Philosophen Karl Leonhard Reinhold „Beiträge zur Berichtigung bisheriger Mißverständnisse der Philosophie“ (1790 bis 1794) zum Buchbinder. Dem Meister war der Titel natürlich zu lang, und er setzte auf den Einbandrücken: „Reinholds Mißverständnisse der Philosophie“.

In Paris wurde ein berühmter Gelehrter einst in Gegenwart seines Spezialkonurrenten sehr gelobt: „Dieser Mensch weiß einfach alles.“ — „Jawohl,“ schob der gittige Rivale, „alles weiß er ... Aber weiter weiß er auch nicht.“

Der Hallenser Theologe August Tholud entließ seine Schüler bei ihrem Abgange von der Universität nicht auch zugleich aus seiner Seelsorge, sondern besuchte sie auf seinen Ferienreisen in ihrer Heimat, ebenso wie er hierbei auch bei den christlichen Verbindungen vor sprach. Auf solchen Reisen hatte er meistens einen Studenten als Reisegefährten mit. Als einer dieser einst das Reisegepäck nicht weiter befördern konnte, fragte ihn Tholud: „War das nun Zufall oder göttliche Fügung?“ — „Eine niederträchtige Summe!“ war es,“ antwortete der Student in läßlicher Selbsterkenntnis und unter herzlichem Gelächter Tholuds.

benummer.

elangt, unter...
bedeutlich...
ist sie wirksam...
ste Grund zur...
dem Kartell...
ntalbibliothek...
hat und unter...
zur Einrich...
jeweils Don...
ffnet ist.
ch die Einfüh...
ahre 1893, die...
ionalökonomie...
Gewerks...
den 18. Jah...
schlegensreich...
Gewerkschaften...
schaftslogen...
ebung der Ar...
nden sich stets...
völliger Ein...
ragen in ein...
len geschlagen...
nd von keiner...
dieser Brüder...
weiterbewegung...
glenden Attri...
ter fänge...
Gefangenen...
in den letzten...
eitereitschaft...
hat und auf...
lenden Kunft...
Die freien...
zu bieten, wo...
isbildung und...
not last...
ie ungemein...
ade übernom...
bilden. Aus...
enbund, wird...
nschaften die...
Literatur...
ng mehr und

Neue Siege, neue Aufgaben, neue Kämpfe harren
unser. Zwei Jahrzehnte der Entwicklung liegen hinter
uns. Wir haben vieles erreicht, das unsere ersten
Bahnbrecher ahnenden Auges geschaut und erstrebt. Ein
gut Stück des Indifferentismus unserer Klassengenossen
ist überwunden, was die Vernunft und gute Worte, was
Logik nicht vermochte, das hat die eherne Gewalt der
Tatsachen, das hat der Terrorismus der Unternehmer
zustände bringen helfen, der hier genau so wütet wie
irgend sonst, wo das Kapital seine Domänen errichtet
hat. Die Lahrer Arbeiterschaft weiß davon manches
Lied zu singen; manches Leid mußte sie durchkosten,
sie hat die Feuerproben bestanden.

Wir erinnern nur an die große Aussperrung
im Steindruckereigewerbe, die im Jahre 1905
über 100 Kollegen ein Viertel Jahr lang aufs Pflaster
warf, und die uns für einen Teil der Arbeiterschaft
die achtstündige Arbeitszeit brachte. Noch herrschen teil-
weise trostlose Zustände. Noch sind schwarze Listen an
der Tagesordnung, noch sucht man einzelne Vorkämpfer
in die Verbannung zu treiben. Aber die Mittel ver-
fangen nicht mehr. Aber überall dort, wo die Organi-
sation noch keine Wurzeln fassen konnte, gibt es noch
sehr viel Arbeit, da sind die Dunkelkammer am Werke,
die Klassengenossen von ihren um Freiheit und mens-
chenwürdiges Dasein kämpfenden Arbeitsbrüdern abzu-
schließen, da sucht man sie durch patriotische, durch
kirchliche Veranstaltungen einzulullen, da sucht man die
Jugend fernzuhalten, indem man wider gute Sitte und
Geist der Lehrlinge bei Strafandrohung kategorisch
die Teilnahme an unsern Unterrichtskursen, an unsern
Jugendabteilungen verbietet, da züchtet man ganz offen
die gelben Schugarden, da spukt selbst bis in die heutige
Zeit noch das überwundene Hilfsmittel des Militär-
boykotts.

Der Diktatur des Kapitals und seiner Handlanger
setzen wir die eiserne Energie der Arbeiterklasse und das
Licht des Fortschritts entgegen. Wir wanzen nicht! Fällt
der eine, so steigen hundert andere wieder empor. Mit
uns wird unsere Presse streiten. Die Arbeiterzeitung ge-
hört jetzt zu den gelesensten Blättern auch in Lahr.
Wer sich über das informieren will, was das Arbeiter-
interesse erheischt, muß die Arbeiterzeitung lesen. Keine
Arbeiterwohnung darf mehr ohne unser Organ sein, kein
Arbeiter mehr ohne seine Gewerkschaft, ohne seine Partei.
So sind wir den Stürmen des Lebens, dem Kampfe ums
Dasein, dem Kampfe der Parteien gewachsen!

gegen dieses Urteil hat in protestantisch-kirchlichen Krei-
sen sofort eingeseht, und es fehlt nicht an Stimmen,
die prophezeien, daß die Amtsentsetzung Jathos das
Gebäude der evangelischen Kirche schwer erschüttern und
eine Spaltung herbeiführen werde.

Das Urteil gegen Jatho ist die erste Anwendung
des im Vorjahr erlassenen Irreligionengesetzes, das sich die
kirchliche Orthodoxie als Waffe gegen den überhand neh-
menden theologischen Liberalismus geschaffen hat. Auf
liberaler Seite hat man lange daran gezweifelt, daß die
obersten Kirchenbehörden den Mut finden würden, sich
dieser Waffe zu bedienen; jetzt sind der Lärm in der
liberalen Presse und der Schreck unter den liberalen
Pastoren nicht gering. Schon spricht man von einem
neuen Opfer, dem Pfarrer D. May Fischer in Berlin,
dem gleichfalls der Prozeß gemacht werden soll, und
wie dieser wird vielleicht noch mancher seiner Amts-
brüder vor die harte Notwendigkeit gestellt werden, zwi-
schen Brot und Ueberzeugung wählen zu müssen.

Kein Sozialdemokrat wird Männern, die ihre Eih-
strenge opfern, um ihrer Ueberzeugung treu zu bleiben,
persönliche Achtung und Sympathie versagen. Trotzdem
wird sich die sozialdemokratische Presse nicht in der-
gleichen Weise in die inneren Angelegenheiten der pro-
testantischen Kirche mischen können, wie das jetzt von
seiten der liberalen politischen Presse geschieht. Nach so-
zialdemokratischer Meinung hat jede geistige Gemein-
schaft, mag sie eine Religionsgesellschaft, eine Partei oder
ein wissenschaftlicher Klub sein, selber die Regeln fest-
zusetzen, nach denen sich die Zugehörigkeit zu ihr be-
stimmt. So wenig man von der katholischen Kirche ver-
langen kann, daß sie einen Juden zum Papst macht
oder von der Sozialdemokratie, daß sie irgendein natio-
nalliberales Präferenzgenie als ihr Parteiorgan aner-
kennt, so wenig kann man auch von der evangelischen
Kirche verlangen, daß sie darauf verzichtet, die Ausübung
des geistlichen Lehramts von der Anerkennung bestimm-
ter Glaubenssätze abhängig zu machen. Gewiß kann
eine solche Gemeinschaft dadurch, daß sie die Regeln
ihrer Zugehörigkeit zu eng faßt, gegen abweichende Mei-
nungen bei sonst übereinstimmender Grundgesinnung zu
rigoros verfährt, ihre eigenen Interessen aufs Schwerste
schädigen, aber gerade deswegen wird nur der, dem diese
Interessen auf dem Herzen liegen, das Recht haben,
in diesen Dingen mitzureden. Der Außenstehende, der
über Anduldsamkeit klagt, wird sich nur lächerlich
machen.

Ob das Spruchkollegium, das den in Köln beliebten
Pastor Jatho seines Amtes entsetzte, damit zum Schaden
der Kirche eine Dummheit begangen hat, wird sich erst
zeigen müssen. Ist also der Ausgang des Kirchenstreits
ungewis und sein Ausgangspunkt, das Urteil über
Jathos Irreligion für die politische Kritik nicht erreichbar,
so ist doch der Fall Jatho ein Schulbeispiel zur Erläu-
rung unserer sozialdemokratischen Programmforderung,
die da lautet:

Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaf-
fung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln
zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen
und religiösen Gemeinschaften sind als private Ver-
einigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten
vollkommen selbständig ordnen.

In der Erfüllung dieser Forderung allein liegt der
vernünftige Ausgleich zwischen Freiheit und Ordnung.
Die religiösen Gemeinschaften sollen unbestrittene Lehrgewalt
haben — aber nur über die ihnen freiwillig
angehörenden Mitglieder. Wer einer solchen Gemeinschaft
angehören, oder gar in ihr ein Lehramt üben will, mag
sich an ihre Regeln halten. Ein Freund des weiblichen
Geschlechts soll eben nicht Mönch werden, ein Liebhaber
von Schinkenjammeln nicht Rabbiner und ein liberaler
Roniß nicht Pastor!

Was den Jathostreit vergiftet und die Haltung des
Spruchkollegiums und dem allen religiösen Streitig-
keiten fernstehenden unsympathisch erscheinen läßt, das
ist der Umstand, daß hinter dieser scheinbar freien Ent-
scheidung einer autonomen Kirchenbehörde die Krallen
der staatlichen Zwangsgewalt allzudeutlich hervorlugen.
Die ganze Verwaltung liegt in den Händen der Kon-
sistorien und Oberkirchenräte, die rein staatliche Behörden
und von politischen Gewalten abhängig sind. Das
Spruchkollegium wird somit zu nichts anderem als zu
inem Werkzeug des preussischen Staates, der da will,
daß dem Volk die Religion erhalten bleibe — die Reli-
gion der Unterwürfigkeit und Ergebenheit, die der Pastor
Jatho in Köln nicht oder nicht entschieden genug ge-
redigt hat. Auf alle Fälle ist das Zwischenspiel, das
die preussische Regierung in höchst ungewohnter Rolle
als Verteidiger der evangelischen Freiheit und als Geg-
ner katholischer Modernistenverfolgungen zeigte, zu Ende.
Die dreizehn Spruchkollegen mit amtlichen Funktionen
— Oberhofprediger, Geheime Konsistorialräte, General-
superintendenten — die den Pfarrer Jatho wegen Ir-
religion seines Amtes entsetzten, machen es auch nicht
anders als der Papst!

Geschäftliches.

Guggenheim
Gehrock-Anzüge
Freiburg Kaiserstr. 26

Der Fall Jatho.

Das Spruchkollegium für kirchliche Angelegenheiten
hat den Kölner Pfarrer Jatho wegen Irreligion zur
Amtsentsetzung verurteilt. Eine lebhafte Protestbewegung

Musikinstrumente jeder Art.

- Violinen
- Zithern
- Gitarren
- Lauten
- Mandolinen



- Gitarre-Zithern
ohne Vorkenntnisse sofort
spielbar
mit unterlegbaren Noten
Mk. 8, 12, 15, 16 u. 25.
- Trommeln
- Mundharmonikas
- Blasinstrumente

Musikhaus Carl Ruckmich

Bertholdstraße 15 und Universitätsstraße 1 und 3. Postscheckkonto Karlsruhe No. 366.

Pianos Flügel Harmoniums

auf günstige Ratenzahlungen bei billigen Preisen.

Musikalien

Phonographen Walzen und Platten Grammophone.

wurde über...
er mit uner...
einen Arbeiter...
der Orts...
enen Anstand...
die Arbeiter...
n Bürgerum...
irgerauschuß...
rt für unsere...
des Kapitals...
rden bereits...
egung an in...
steigerte sich...
1907 12 Siege...
s Jahr 1910...
gleichzeitig...
Stadtrat...
einer ganzen...
arbeiten hat...
Deutschlands...
sich, als es...
ten Monst...
n Landtag...
ngang wurde...
n; oben auf...
Fahne über...
h die Volkzel

t habe. Die...
ung geworden...
Erregung bei...
Worten mit...
ihn gelassen...
bt hatte, mit...
Berichtigung...
Redaktion zu...
le keines...

charia brachte...
Carl Leonhard...
iger Mißver...
n Buchbinder...
und er setzte...
berst änd...

unt in Gegen...
Dieser Mensch...
stige Rivale...
ber auch

entflich seine...
at nicht auch...
ie auf seinen...
hierbei auch...
Auf solchen...
Reichsmarschall...
nicht weiter...
nun Zufall...
eträchtige...
in löblicher...
er Tholuds.

Friedrich Wempe

Freiburg, Kaiserstraße 56

Telefon 848 :: Geschäftsgründung 1882

Größtes Spezialhaus am Platze

für elegante und solide

Herren-, Knaben- u. Sport-Kleidung

fertig und nach Maß.



Nicht allein meine vielseitige Auswahl, nicht allein meine bekannt billigen Preise, sondern vielmehr die Tatsache, daß ich bemüht bin, nur erprobte, gute Qualitäten in den Verkauf zu bringen, bieten meinen Abnehmern Gewähr für vorteilhaften Einkauf.

Ich empfehle:

- Herren-Sacco-Anzüge . . . M. 10 bis 85
- Herren-Gehrock-Anzüge . . . M. 35 bis 85
- Herren-Paletots u. Ulsters . . . M. 15 bis 80
- Herren-Pellerinen u. Bozener Mäntel M. 8 bis 35
- Herren-Sport-Anzüge . . . M. 16 bis 58
- Herren-Loden- u. Lüstre-Joppen M. 3 bis 25
- Herren-Hosen M. 1,50 bis 24
- Fantasie-Westen M. 2,50 bis 16

Spezialität: Kleidung für korpulente Herren.

Man beachte die 6 Schaufenster!

Ganter

Bier

Freiburg

Schutz-Marke



Adolf Kürzel

Kaiserstr. 49

Telephon 690

Spezialhaus

für

Manufakturwaren.

Ausgabe
preis: 3
In der G
und dort

Genossen

B

Bo

Die

wertlich

soll im

möglich

Erinne

ten sin

Be

Frei

zählte

Die a

Sho

Genoss

gendes

demokr

sen ge

sichende

Borfig

Der W

mit 20

malige

samm

verfam

Krone

Ge d

rad u

samm

wurde

der be

stets i

Schopf

verfam

daß n

Schlag

jetzige

kannt

Tracht

heute

diesen

Damal

Gre

in Pa

von e

der 3

E

funder

die G

Verfan

Ier,

tier i

18

tungs

Schopf

genoss

jahrel

tungs

solte

h

lange

11

die d

16. J

wurde

Aufze

von

Volls

stellte

teiligt

Ehren

Nach

1899

dem

der

auch

Berei

Inter

Ende

tom

2

auch

noße

für

1903

1

Goll

Wahl

Borj

noch

wege